

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Geplante Abgabe auf zuckerhaltige Getränke (Zuckersteuer)

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 13.07.2026

Die Bundesregierung plant die Einführung einer Abgabe auf zuckerhaltige Getränke (sogenannte Zuckersteuer), die voraussichtlich ab 2028 gelten soll. Ziel ist es, den übermäßigen Zuckerkonsum, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, zu senken und damit langfristig gesundheitliche Folgekosten zu reduzieren.

Im Landtag wurde dieses Vorhaben am 28. Mai 2026 debattiert.¹ Während die GRÜNEN sich klar für eine solche Abgabe aussprachen, äußerte sich die SPD-Fraktion zurückhaltender. Sie betonte, dass nicht nur die Verbraucher, sondern vor allem die Ernährungsindustrie in die Verantwortung genommen werden müsse.² Die Debatte zeigte Beobachtern zufolge, dass innerhalb der rot-grünen Koalition unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wie stark eine solche Abgabe ausgestaltet werden sollte, und welche Auswirkungen sie auf die niedersächsische Wirtschaft haben könnte.

Kritiker der Zuckersteuer befürchten negative Effekte auf Arbeitsplätze in der Getränkeindustrie und eine mögliche Verlagerung der Produktion ins Ausland. Befürworter argumentieren hingegen mit den gesundheitspolitischen Notwendigkeiten und verweisen auf positive Erfahrungen in anderen Ländern. Die Landesregierung hat bislang keine einheitliche Position zur konkreten Ausgestaltung der geplanten Abgabe formuliert.

1. Welche Position vertritt die Landesregierung konkret gegenüber dem Vorhaben der Bundesregierung, ab 2028 eine Abgabe auf zuckerhaltige Getränke einzuführen, und hat sie diese Position bereits gegenüber der Bundesregierung kommuniziert?
2. Welche konkreten Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in der niedersächsischen Getränke- und Ernährungsindustrie erwartet die Landesregierung durch die Einführung einer Zuckerabgabe?
3. Sieht die Landesregierung eine Gefahr, dass eine pauschale Abgabe auf zuckerhaltige Getränke vor allem einkommensschwächere Haushalte belastet, ohne dass gleichzeitig wirksame Maßnahmen gegen die Zuckerstrategie der Lebensmittelindustrie ergriffen werden?
4. Welche Alternativen zur geplanten Zuckerabgabe hat die Landesregierung geprüft oder vorgeschlagen, um den Zuckerkonsum zu senken, ohne die Getränkeindustrie in Niedersachsen zusätzlich zu belasten?
5. Welche (gegebenenfalls neuen) wissenschaftlichen Erkenntnisse über Zuckerkonsum und die gesundheitlichen Folgen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen, sind bei der Einführung einer Zuckersteuer maßgeblich bzw. handlungsleitend für die Landesregierung gewesen?
6. Spielt bei der Debatte um die Einführung einer Zuckersteuer, neben dem Gesundheitsschutz, auch der Wunsch nach staatlichen Mehreinnahmen durch die Einführung der Steuer eine Rolle? Wenn ja, welche? Liegen der Landesregierung bereits Informationen darüber vor, wie hoch die Einnahmen aus der Zuckersteuer sein werden (geschätzte Spanne von/bis)?

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag/debatte-ueber-zuckersteuer-im-landtag-klares-ja-von-gruenen,zuckersteuer-144.html>

² Ebenda.

7. Inwieweit hat die Landesregierung die niedersächsische Getränkeindustrie in die Diskussion über die geplante Zuckerabgabe einbezogen und deren Positionen gegenüber der Bundesregierung vertreten?
8. Hält die Landesregierung es für sinnvoll, dass Niedersachsen eine eigene landesrechtliche Regelung zur Reduzierung des Zuckergehalts in Getränken prüft, falls die Bundesabgabe nicht oder nur in abgeschwächter Form kommt?
9. Welche gesundheitspolitischen Ziele verfolgt die Landesregierung mit ihrer Haltung zur Zuckerabgabe, und wie will sie diese Ziele messbar machen, wenn die Abgabe auf Bundesebene eingeführt wird?
10. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die geplante Abgabe auf zuckerhaltige Getränke wie oben geschildert bislang keine einheitliche Unterstützung innerhalb der eigenen Koalition findet, und welche Konsequenzen zieht sie gegebenenfalls daraus für die Verhandlungen auf Bundesebene?
11. Plant die Landesregierung, sich im Bundesrat für oder gegen die geplante Zuckerabgabe auszusprechen, und welche Kriterien werden dabei für die Entscheidung maßgeblich sein?